

1. Die friedliche Revolution in der DDR und die Folgen

ANDREAS GRIESSINGER

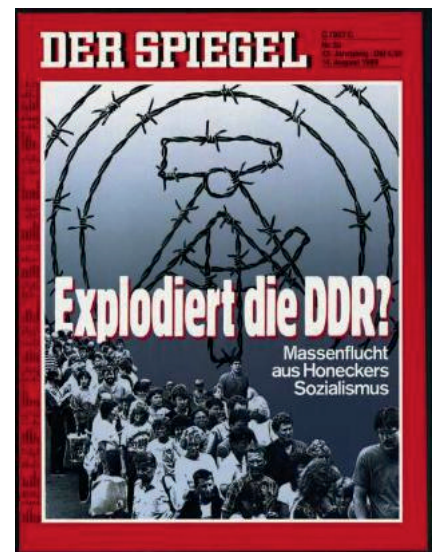
Die Deutschen in der DDR haben eine Revolution geschaffen, die in der Geschichte der Revolutionen wirklich neu ist: die sanfte Revolution. - Dieses treffende Urteil fälltte Martin Walser noch vor Jahresende 1989. Die historische Singularität der „friedlichen Revolution“ in der DDR, auf die Walser mit Recht hinweist, hat in den vergangenen 20 Jahren vielfältige, kontroverse Erklärungsversuche hervorgebracht. Obwohl im Jubiläumsjahr 2009 wieder zahlreiche Neuerscheinungen zum Thema zu verzeichnen sind, ist eine „Meistererzählung“ noch immer nicht in Sicht. Eine stichhaltige historische Erklärung wird die Revolution von 1989 aus der Verknüpfung und Wechselwirkung vielfältiger Kausalreihen in unterschiedlichen politischen Handlungsfeldern verständlich machen müssen. Dabei sind strukturelle Bedingungsfaktoren ebenso zu berücksichtigen wie soziokulturelle Deutungen und personelle Leistungen bzw. Fehler, langfristige Wandlungsprozesse ebenso wie punktuelle, akute Krisenmomente. Ein moderner, kompetenzorientierter Unterricht muss Schülerinnen und Schüler befähigen, diese Vielzahl von Einflussfaktoren selbstständig ordnen und miteinander verknüpfen zu können. Die dazu nötige Begriffskompetenz wird durch kategoriales Lernen erworben, d.h. durch ein systematisches Training im Umgang mit gegenstandsbezogenen Fachbegriffen. Deshalb wird im Folgenden auf Albert O. Hirschmans Exit-Voice-Konzept zurückgegriffen. Um die notwendige Strukturierungskompetenz zu vermitteln, werden drei analytische Ebenen unterschieden und auf ihre Wechselwirkungen hin untersucht: die internationale, die europäische und die nationale Ebene.

Übergeordnete Ebenen: Systemkonflikt und europäische Politik

Auf der Ebene der internationalen Politik hatten sich die systemischen Rahmenbedingungen, die durch das bipolare Ordnungs- und Sicherheitsmodell der „mutually assured destruction“ (MAD) definiert waren, bis in die 1980er-Jahre hinein zunehmend weiter stabilisiert. Im Rahmen dieses systemübergreifenden Konsenses zur Konfliktsteuerung und -begrenzung war es dem DDR-Regime über Jahrzehnte hin immer wieder gelungen, nicht nur die wiederkehrenden eigenen Krisen zu überwinden, sondern auch die der Nachbarländer, die stets auf das eigene Land überzugreifen drohten. Das gelang nicht zuletzt durch die „ultima ratio“ der militärischen Intervention, so beim Volksaufstand 1953, dem Ungarn-Aufstand 1956, dem Prager Frühling 1968 und der Solidarnosc-Bewegung 1981. In den Jahren nach den Unruhen auf den Danziger Werften veränderten sich allerdings die internationalen Rahmenbedingungen grundlegend. Die Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion sowie Gorbatschows Reformpolitik brachten zusehends die Tektonik der internationalen Politik und mit ihr auch die Breschnew-Doktrin ins Wanken. Diese bildete aber die unverzichtbare Existenzgarantie für die DDR als einzigem Staat des Ostblocks, der – anders als etwa die sozialistischen Nationalstaaten Polen oder Ungarn – ausschließlich ideologisch legitimiert war und dem jegliche nationale Identität fehlte. Insofern geriet die DDR angesichts der Reformbewegungen innerhalb des Ostblocks seit den 1980er-Jahren unwei-

Abb. 1 Die Ausreisebewegung aus der DDR wird seit Sommer 1989 als existenzielle Bedrohung für die DDR gesehen

© Der SPIEGEL,
14.8.1989



gerlich in den Teufelskreis von Reformverweigerung und Selbstisolation. Dieser bildete auf der Ebene der internationalen Politik insofern eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der „friedlichen Revolution“, als es im Sommer und Herbst 1989 zu einer wachsenden Selbstblockade des SED-Machthabers kam, der befürchtete, durch einen Militäreinsatz nach dem Muster der „chinesischen Lösung“, dem Tian’anmen-Massaker im Juni 1989, die internationale Entspannungspolitik zu gefährden.

Auf der zweiten Ebene, der Ebene der europäischen Politik, ist die „friedliche Revolution“ Teil der gesamteuropäischen Protestbewegung der 1980er-Jahre, bei der zivilgesellschaftliche Oppositionsgruppen in West und Ost durch gewaltfreie Aktionen gegen Aufrüstung und um mehr politische Partizipation sowie die Sicherung ihrer Lebens- und Bürgerrechte kämpften. Dazu gehörten Friedens-, Frauen- und Ökologiebewegungen genauso wie Bürgerinitiativen und Dissidentengruppen von Moskau bis Prag. Das war eine wesentliche Ursache dafür, dass die Revolutionen in den meisten Staaten des Ostblocks ohne gewaltsame Gegenmaßnahmen der Regierungen abliefen, z. B. die „samte Revolution“ in der CSSR, die in der Slowakei als „sanfte Revolution“ bezeichnet wurde. Bezeichnenderweise beginnt damit 1989 eine metaphorische Begriffskontinuität, die sich bis zur „Rosenrevolution“ 2003 in Georgien fortsetzt.

Die Ebene der Akteure: „exit“ und „voice“

Zur Beschreibung der dritten Ebene, der Ebene der revolutionären Akteure in der DDR selbst, soll auf das Begriffspaar von „exit“ und „voice“ zurückgegriffen werden. Diese begriffliche Unterscheidung wurde von dem amerikanischen Ökonomen Albert O. Hirschman entwickelt, um zwei idealtypische Handlungsmuster zu beschreiben, mit denen Menschen auf institutionelle Desintegrationsprozesse reagieren: Abwanderung („exit“) und Widerspruch („voice“). Nach Hirschman beruht „exit“ auf der privaten, individuellen Aufkündigung von Loyalität, „voice“ dagegen auf der öffentlichen, kollektiven Gehorsamsverweigerung. Im Folgenden möchte ich zeigen, dass sich mit Hilfe des Exit-Voice-Konzepts der Wirkungsmechanismus erhellen lässt, der das Ende der DDR herbeigeführt hat. Zu diesem Zweck wird das Konzept auf die beiden entscheidenden sozialen Bewegungen übertragen, die in der DDR seit den 1980er-Jahren zunächst getrennt voneinander agierten, sich im Verlauf der Eskalation aber zusehends wechsel-

seitig verstärkten (was Hirschmans Annahmen übrigens nicht entspricht).

Erste Impulse für diesen Prozess gab seit dem Beginn der 1980er-Jahre die Ausreisebewegung („exit“), die mit ihrer Parole „Wir wollen raus!“ das SED-Regime zusehends verunsicherte und in eine wachsende Legitimationskrise stürzte. Kreative symbolisch-demonstrative Akte der Ausreisewilligen bewegten sich auf dem schmalen Grat zwischen legitimer Interessenartikulation und politischer Dissidenz, wenn etwa seit Mitte der 1980er-Jahre in der Öffentlichkeit weiße Tücher als Erkennungszeichen getragen oder demonstrativ Finger in die Höhe gestreckt wurden – jeder Finger für einen abgelehnten Ausreiseantrag. Trotz Schikanen und Diskriminierungen wuchs ihre Zahl von 21 500 Anträgen im Jahr 1980 auf 125 000 im Jahr 1989. Diese anschwellende Massenbewegung führte zu halbherzigen Konzessionen der SED: 1984 wurde erstmals 30 000 Antragstellern die Übersiedlung genehmigt, obwohl ihre Anträge als rechtswidrig eingestuft worden waren. Die Hoffnung des Regimes auf eine Ventilfunktion trog allerdings: Das Zurückweichen der SED ermutigte im Gegenteil weitere DDR-Bürger, Ausreiseanträge zu stellen, so dass die Zahlen in den folgenden Jahren annähernd stabil blieben. So mussten 1988 erneut mehr als 25 000 Genehmigungen erteilt werden. Außerdem bildeten sich unter Berufung auf den KSZE-Prozess zusehends mehr Selbsthilfegruppen; ab 1983 gab es erste öffentliche Demonstrationen Ausreisewilliger sowie Versuche, über Botschaften die Ausreise zu erwirken.

Dieser schnell wachsenden Massenbewegung, die immer stärker ins öffentliche Bewusstsein trat, stand eine zunächst kleine, aber vor allem medial wirkungsmächtige Minderheit oppositioneller Menschen- und Bürgerrechtsgruppen gegenüber. Sie setzten dem Ruf der Ausreisewilligen „Wir wollen raus!“ ihre Parole „Wir bleiben hier!“ entgegen und artikulierten damit ihren Glauben an die politische Transformierbarkeit des DDR-Staates durch organisierten, kollektiven Protest („voice“), häufig in der Perspektive eines „demokratischen Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Sie formierten sich vor allem im Schutz der Kirchen und wuchsen zusehends, wenn auch bei weitem nicht so rasch wie die Ausreisebewegung. Ihrem eigenen Selbstverständnis nach definierten sie sich als Teil der gesamteuropäischen Friedens- und Protestbewegung, die sich gegen das neue Wettrüsten im Zeichen des „second cold war“ seit den späten 1970er-Jahren wandte. Schon 1981 trugen 100 000 DDR-Jugendliche den von dem Jugendpfarrer Harald Brettschneider entworfenen Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“. Andererseits wuchs auch die Ökologie-Bewegung in der DDR, insbesondere nach der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl. Dort war 1986 nach einer Explosion im Kernkraftwerk radioaktives Material ausgetreten und über Tausende von Kilometern verbreitet worden. Obwohl Experten ca. 250 000 Opfer schätzten, reagierte die SED mit einer gezielten Desinformationspolitik und provozierte damit Proteste. Die Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen agierten allerdings – isoliert und ständig von Stasi-Schikanen bedroht – eher an der Peripherie der DDR-Gesellschaft, zumal sie, abgesehen von einigen westlichen „GRÜNEN“-Politikern, aus der Bundesrepublik kaum unterstützt wurden.

Dennoch gelang es ihnen seit Ende 1987 zusehends, die Aufmerksamkeit auch der internationalen Öffentlichkeit zu erregen: zum ersten Mal im November 1987, als Stasi-Beamte eine Razzia in Räumen der Ost-Berliner Zionskirche durchführten, in deren Umweltbibliothek Bürgerrechtsgruppen Diskussionen veranstaltet und Publikationen gedruckt hatten. Aus Protest gegen die Verhaftungen wurden in der Leipziger Nicolaikirche daraufhin an jedem Montag Fürbittgottesdienste mit Mahnwachen durchgeführt. Gefordert wurde die Freilassung der Inhaftierten, unter denen sich auch Martin Hoffmann befand, der Schwiegersohn der Schriftstellerin Christa Wolf – was das Interesse der internationalen Medien weckte. Ähnliche Gottesdienste wurden in der Folge auch in anderen Kirchen der DDR gefeiert. Zuerst folgten die Zionskirche und die Gethsemanekirche in Ost-Berlin dem Leipziger Beispiel, wo-



Abb. 2 Auch am Tag nach der Maueröffnung vom 9. November 1989 nehmen Ost- und Westberliner Besitz von der Mauer, die die Stadt 29 Jahre teilte.

© picture alliance, dpa

durch sich die Protestbewegung über das kirchliche Kommunikationsnetz ausbreitete.

Zu weiteren Festnahmen kam es im Januar 1988 bei einer vor allem von Ausreisewilligen getragenen Aktion anlässlich der parteioffiziellen Kundgebung zum Todestag Rosa Luxemburgs in Ost-Berlin. Im Demonstrationzug tauchten Transparente auf mit dem berühmten Satz der Kommunistin und Lenin-Kritikerin, die 1919 die KPD gegründet hatte: „Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden.“ Wieder waren unter den Verhafteten Prominente, z. B. Freya Klier, Wolfgang Templin und Stephan Krawczyk, was die Aktion erneut zu einem Medien-Ereignis machte, zumal westliche Fernsehteams von Stasi-Beamten behindert wurden. Die Zahl der Gedenkgottesdienste, Mahnwachen und Schweigemärsche wuchs weiter an, zunächst in Leipzig, dann auch in Dresden, Ost-Berlin und anderen Städten.

Das Jahr 1989: Die unvollendete Dialektik von „exit“ und „voice“

Zu einer weiteren Station auf dem Erfolgsweg der Protestbewegung wurden die DDR-Kommunalwahlen im Mai 1989. Aktivisten der Bürgerrechtsgruppen hatten sich an den Auszählungen beteiligt und die festgestellten Unregelmäßigkeiten publik gemacht. Bei den folgenden Protestdemonstrationen gegen den Wahlbetrug wurden Hunderte von Menschen festgenommen.

In diesem Monat gewann auch die Ausreisebewegung wieder das Interesse der Öffentlichkeit, sodass die Aktivitäten der beiden Bewegungen „exit“ und „voice“ seit Mai 1989 zusehends synchron verliefen und sich wechselseitig verstärkten, ohne allerdings zu einer einheitlichen Bewegung zusammenzuwachsen. Ursache für das wiedererwachte Interesse an den Ausreisewilligen waren politische Veränderungen auf der internationalen und europäischen Ebene gleichzeitig. In Ungarn, der „fröhlichsten Baracke des Sozialismus“, hatte die regierende „Sozialistische Arbeiterpartei Ungarns“ sich seit Mitte der 1980er-Jahre Gorbatschows Reformkurs angeschlossen, ganz im Gegensatz zur SED. Und Anfang 1989 steigerte sie das Liberalisierungstempo entschieden weiter. Sie betete Imre Nagy, den reformkommunistischen Führer des Ungarn-Aufstands von 1956, feierlich in ein Ehrengrab um, führte ein Mehrparteiensystem ein und hob den Schießbefehl an den ungarischen Grenzen auf. Im Mai wurde dann mit dem Abbau der Grenzbefestigungen begonnen, was prompt zur „Republikflucht“ von DDR-Bürgern, die in Ungarn Urlaub gemacht hatten, über das benachbarte Österreich in die Bundesrepublik führte. Am 27. Juni 1989 durchschnitten die Außenminister Ungarns und Österreichs in einer inszenierten Medien-Aktion den Stacheldraht zwischen



Abb. 3 »Unsere Brigade hat beschlossen, die Wartezeiten künftig sinnvoll zu nutzen!« Karikatur aus der DDR 1986 © Rainer Schwalme

ihren beiden Ländern und besiegelten damit demonstrativ das Ende der Teilung Europas. Damit war das Ende des Eisernen Vorhangs und zugleich auch das Ende der DDR eingeläutet, denn innerhalb weniger Wochen flüchteten Tausende DDR-Bürger über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik. Trotz wachsender Konflikte im Politbüro um den richtigen Kurs hielt die SED an ihrem starren Kurs der Reformverweigerung fest, indem sie die gefälschten Kommunalwahlergebnisse offiziell bestätigte und demonstrativ die chinesische Regierung unterstützte, die im Juni 1989 regimiekritische Studentendemonstrationen in Peking blutig hatte niederschlagen lassen. Das Signal an die DDR-Opposition war unmissverständlich, aber es blieb ohne Wirkung. So geriet die SED auch innenpolitisch in die Isolation und verlor ihre letzte Autorität.

Vor diesem Hintergrund schnellten die Ausreiseanträge allein im Sommer 1989 hoch auf 120 000; andere DDR-Bürger verloren die Geduld und suchten eigenmächtig Zuflucht in den bundesrepublikanischen Botschaften in Ost-Berlin, Prag und Warschau. Als die „Botschaftsflüchtlinge“ durch Vermittlung von Außenminister Genscher im September die Ausreisegenehmigung erhalten hatten, füllten sich die Botschaften binnen weniger Tage erneut mit Ausreisewilligen. Als auch diese in Sonderzügen ausreisen durften, kam es am Dresdner Hauptbahnhof zu gewalttätigen Konflikten zwischen Ordnungskräften und Demonstranten. Eine revolutionäre Stimmung verbreitete sich und eskalierte mit dem Beginn der allwöchentlichen „Montagsdemonstrationen“ am 2. Oktober in Leipzig, bei denen – zunächst von Tausenden, später von Zehntausenden, dann von Hunderttausenden – Reise- und Versammlungsfreiheit sowie weitere innere Reformen gefordert wurden. Dem Ruf der Ausreisewilligen „Wir wollen raus!“ entgegnete zum wiederholten Mal der trotzig Gegenruf der Reformwilligen: „Wir bleiben hier!“ Ermutigt durch die Massenproteste kam es bald zur Gründung politischer Parteien und Organisationen wie der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR“, dem „Demokratischen Aufbruch“ und dem „Neuen Forum“. Mit dem Entstehen dieser organisierten politischen Opposition hatte die mittlerweile völlig isolierte SED ihr Macht- und Meinungsmonopol endgültig verloren, was den begonnenen revolutionären Prozess weiter beschleunigte.

Entgegen den Hoffnungen der SED-Führung konnte dieser Prozess auch durch die Feierlichkeiten zum 40. Gründungstag der DDR im Oktober 1989 nicht gebremst werden – im Gegenteil: Gorbatschow

forderte Honecker bei seinem Staatsbesuch nachdrücklich auf, die Politik der Reformverweigerung zu beenden. Außerdem störten Demonstranten die Feier mit den Rufen „Gorbi, Gorbi“ und „Wir sind das Volk“. Diese unerwartete Wendung war für die SED-Spitze ein so schwerer Misserfolg, dass sie sich zum Handeln gezwungen sah: Honecker wurde wenige Tage später unter Stasi-Beteiligung gestürzt und durch Egon Krenz ersetzt. Dieses „Wendehals“-Manöver war aber zu durchsichtig angelegt, als dass es zur Befriedung hätte beitragen können: Sowohl die Flucht- als auch die Bürgerrechtsbewegung schwollen mit Parolen wie „Demokratie unbekrenzt“ oder „Sozialismus krenzenlos“ weiter bedrohlich an und mündeten Anfang November in bislang ungekannte Massendemonstrationen in Leipzig und Ost-Berlin, wo jeweils eine halbe Million Menschen auf den Straßen waren. Auch der folgende Rücktritt von Ministerrat und Politbüro kam zu spät und wirkte nicht mehr deeskalierend, sodass der Massenexodus in den ersten Novembertagen Rekordzahlen erreichte: am 8. November 500 Ausreisende pro Stunde. So kapitulierte die SED schließlich und verkündete am 9. November 1989 die Öffnung der Berliner Mauer.

Die strukturelle Ebene: Ökonomie und Politik

Protest- und Ausreisebewegung hatten das SED-Regime zu Fall gebracht, obwohl beide von einer eklatanten Fehleinschätzung der wirtschaftlichen und politischen Lage in der DDR ausgingen. Denn wer 1989 das Land verließ oder für politisch transformierbar hielt, glaubte an die Stabilität und das Fortbestehen des Staates sowie an die Funktionsfähigkeit seiner Wirtschaft. Aber gerade das war falsch, trug aber paradoxer Weise entscheidend zum Zusammenbruch der DDR bei. Die von Erich Honecker seit seinem Amtsantritt 1971 angestrebte „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ konnte nämlich spätestens zu Beginn der 1980er-Jahre als endgültig gescheitert betrachtet werden. Die kostspieligen sozialpolitischen Leistungen und die 1977 begonnene, aber schnell gescheiterte mikroelektronische Offensive erzwangen reduzierte Investitionen im industriellen Sektor und schufen so neue Versorgungsengpässe im Konsumbereich. Der weitere Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise auf den Weltmärkten seit der zweiten Ölkrise von 1979 verringerte zusätzlich die Produktivität der ohnehin längst veralteten Industrieanlagen in der DDR: Schon 1983 erreichten sie nur noch 47% der bundesrepublikanischen Arbeitsproduktivität.

Angeichts der schon seit Mitte der 1970er-Jahre wachsenden Unzufriedenheit in breiten Bevölkerungsschichten hielt Honecker andererseits den volkswirtschaftlich gebotenen Subventionsabbau bei Grundnahrungsmitteln, Mieten und Sozialleistungen aus Gründen des Machterhalts für unvermeidbar – zumal seit 1980 in Polen Streiks an der Tagesordnung waren und die SED ähnliche Unruhen in der DDR befürchtete. Der Versuch, stattdessen Investitionen durch westliche Kredite zu finanzieren, ließ – ohne dass die erwünschten Impulse eingetreten wären – lediglich die Staatsverschuldung weiter ansteigen: 1981 lagen die Verbindlichkeiten der DDR gegenüber westlichen Banken bei 24,2 Milliarden DM, was zur Folge hatte, dass die DDR zur Devisenbeschaffung zunehmend hochwertige Produkte in den Westen exportieren musste, die deshalb für die Versorgung der ohnehin Mangel leidenden eigenen Bevölkerung nicht zur Verfügung standen. Die Schwierigkeiten verschärfte sich zusätzlich durch die ökonomische Krise in den „sozialistischen Bruderstaaten“: Der von dem US-Präsidenten Ronald Reagan ausgelöste neue Rüstungswettlauf schwächte die Sowjetunion so stark, dass sie Anfang der 1980er-Jahre ihre Erdöllieferungen in die DDR drastisch reduzieren musste. Als 1982 Polen und Rumänien ihre Zahlungsunfähigkeit gegenüber der DDR erklärten, war nach ökonomischen Rentabilitätsberechnungen auch die DDR am Ende. Ihr wirtschaftlicher Offenbarungseid, ähnlich dem des französischen Staates im Jahr 1789, konnte nur durch zwei Großkredite in Höhe von knapp zwei Milliarden DM verhindert

werden, die der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß 1983/84 vermittelte und für die die Bundesregierung bürgte. Die DDR erhielt nun aufgrund der Signalfunktion, die von dem spektakulären Finanztransfer ausging, wieder internationale Devisenkredite, die sie nochmals für einige Jahre vor der Illiquidität bewahrten. Den Milliardenkrediten der Bundesregierung kommt damit – rückblickend betrachtet – die Funktion zu, den Zusammenbruch der DDR in eine Zeit mit weltpolitisch günstigerem Klima verschoben und damit den Weg von der „friedlichen Revolution“ zur deutschen Einigung geebnet zu haben.

Folgen der „friedlichen Revolution“

Was waren nun die wichtigsten Folgen dieser „friedlichen Revolution“? Auch hier sind wieder verschiedene Ebenen zu unterscheiden. Beginnen wir auf der nationalen Ebene. Mit der deutschen Einigung endeten die „Sonderwege“, die die beiden deutschen Staaten in der Epoche von Teilung und Ost-West-Konflikt gegangen waren. Die Bundesrepublik war seit der Ära Adenauer eine „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten“ (Karl Dietrich Bracher) gewesen. Weil sie kein Nationalstaat war, konnte sie die supranationale Integration Westeuropas besonders engagiert vorantreiben. Dem postnationalen Sonderweg der BRD stand spiegelbildlich der internationalistische Sonderweg der DDR gegenüber, der als repressive Staatsdoktrin bei den Bürgern aber weder Legitimation noch Loyalität schaffen konnte.

Mit der Gründung des neuen, „postklassischen Nationalstaats“ (Heinrich August Winkler) am 3. Oktober 1990 sind beide Sonderwege an ihr Ende gelangt. Die „Berliner Republik“ als neuer Typus eines Nationalstaats steht erkennbar in Kontinuität zum postnationalen Typus, da sie auf einige Elemente staatlicher Souveränität im „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ bewusst verzichtet hat, z.B. auf den Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen. Zudem willigte sie in eine Beschränkung ihrer Streitkräfte auf 370.000 Soldaten ein und ist fest in supranationale Zusammenschlüsse wie die UNO, die Europäische Union und die NATO eingebunden. Damit sind wir wieder auf der internationalen und der europäischen Ebene angelangt, und damit schließt sich nun der Kreis. Aus internationaler Perspektive betrachtet, endete 1989 mit der „friedlichen Revolution“ der Systemkonflikt des Kalten Kriegs. Die bipolare Weltordnung löste sich auf und mit ihr der diktatorische Staatssozialismus, der sich mit der Oktoberrevolution 1917 etabliert und nach 1945 in Osteuropa ausgebreitet hatte. Die Wende in Deutschland war Teil dieses welthistorischen Umbruchs, von ihm sehr viel stärker bedingt als ihn ihrerseits bedingend. Das geeinte Deutschland ist damit aus seiner Randlage im Ost-West-Konflikt in das Zentrum eines sich vereinigenden Europa gerückt. Es wird aufgrund seines gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Gewichts zunehmend zur Übernahme von größerer Verantwortung auch in der Weltpolitik gedrängt. Dabei kann Deutschland als europäische Großmacht mit weltpolitischen Gewicht zurückgreifen auf reiche Erfahrungen aus der Zeit der Teilung. Keine zweite Regierung eines vergleichbaren Landes hat unter den Bedingungen des Kalten Kriegs eine ähnliche Fähigkeit entwickeln müssen, die Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit anzuerkennen. Die in dieser Zeit gemachten Erfahrungen sind wichtiger denn je in einer immer dichter vernetzten, dem Globalisierungssog ausgesetzten Welt, in der kein Land künftig wird autonom und souverän Außenpolitik betreiben können. Das erklärt die Schlüsselrolle, die Deutschland im europäischen Einigungsprozess spielt. Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist in diesem Prozess der deutsche Nationalstaat unwiderruflich an den Westen gebunden, nachdem die Deutschen sich nicht gegen ihre Nachbarn, sondern mit deren Zustimmung 1989/90 zu einer „Einheit in Freiheit“ zusammengeschlossen haben – und zwar nicht durch einen Krieg wie 1871, sondern aus der „Kraft der Selbstbefreiung“ (Hartmut Zwahr), die der eigentliche Motor der „friedlichen Revolution“ von 1989 gewesen ist.



Abb 4
Titelblatt der nicht genehmigten Zeitschrift der Bürgerbewegung »Arche-grün-ökologisches Netzwerk in der evangelischen Kirche«, 1.7.1988

© www.hdg.de

Literaturhinweise

- Behrens, Heidi/Ciupke, Paul, Reichling, Norbert (Hrsg.) (2009): Lernfeld DDR-Geschichte. Schwalbach/Ts. (Wochenschau-Verlag).
- Buske, Sybille et al. (2009): Zugänge zur DDR-Geschichte. Anregungen zu projektorientiertem Lernen. Stuttgart (Landesinstitut für Schulentwicklung Baden-Württemberg).
- Hirschman, Albert O. (1992): Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik, in: Leviathan 20 (1992), Heft 3, S. 330 - 358.
- Pollack, Detlef (2000): Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR. Opladen (Leske & Budrich).
- Rödter, Andreas (2009): Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München (Beck).
- Wehler, Hans-Ulrich (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 5. München (Beck).
- Winkler, Heinrich August (2000): Der lange Weg nach Westen. Band 2. München (Beck).
- Zwahr, Hartmut (1993): Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).

Internetlinks

- www.ddr-im-unterricht.de (Portal der LpB Ba-Wü zur DDR-Geschichte, u.a. mit zahlreichen Links zu Unterrichtsmaterialien)
- www.hdg.de (Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland)
- www.stiftung-aufarbeitung.de (Bundesstiftung der Bundesrepublik Deutschland zur Aufarbeitung der SED-Diktatur)
- www.ddr-geschichte.de (privat betriebene Website zur DDR-Geschichte)
- www.revolution1989.de (Website der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. zur friedlichen DDR-Revolution)
- www.jugendopposition.de (Website der Robert-Havemann-Gesellschaft und der Bundeszentrale für politische Bildung)
- www.deinegeschichte.de (interaktive Website zur deutsch-deutschen Geschichte der Kooperative Berlin, gefördert durch: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Robert Bosch Stiftung)

MATERIALIEN

M 1 Rede des ZK-Sekretärs und Politbüromitglieds Joachim Herrmann vor dem ZK der SED am 22./23.6.1989 zum Massaker am Platz des Himmlischen Friedens in Peking am 4.6.1989, bei dem ca. 3000 bis 5000 Demonstranten der Demokratiebewegung von Soldaten getötet wurden:

Was die jüngsten Ereignisse in der Volksrepublik China betrifft, so hat die DDR zur objektiven Information und zur Zurückweisung westlicher Horrormeldungen alle entsprechenden Verlautbarungen und Erklärungen der Partei- und Staatsführung der Volksrepublik China veröffentlicht. Die friedlichen Demonstrationen der Studenten in Peking sollten zu einem konterrevolutionären Umsturz der Volksmacht in China ausgenutzt werden. Die Volkskammer der DDR unterstrich in einer von der Fraktion der SED eingebrachten Erklärung, dass die von der chinesischen Partei- und Staatsführung beharrlich angestrebte politische Lösung innerer Probleme infolge der gewaltsamen, blutigen Ausschreitungen verfassungsfeindlicher Elemente verhindert wurde und sich deshalb die Volksmacht gezwungen sah, Ordnung und Sicherheit unter Einsatz bewaffneter Kräfte wiederherzustellen.

zit. nach Volker Gransow/Konrad H. Jarausch (1991): Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt. Köln (Verlag Wissenschaft und Politik) S. 56

M 2 „Die Tonkrieger“, Gedicht von Volker Braun (1989)

Aus den Bunkern unter dem Platz des Himmlischen Friedens fahren die Panzerwagen in die Menge. Uralte Übung der uralten Partei.

zit. nach: Gransow/Jarausch, S. 85

M 3 Günter Lutz, Kommandeur einer Betriebskampfgruppe, schreibt am 6.10.1989 in einem „Leserbrief“ an die „Leipziger Volkszeitung“ anlässlich der wachsenden Leipziger Montagsdemonstrationen

Werk tätige des Bezirks fordern: Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden. Die Angehörigen der Kampfgruppenhundredschaft „Hans Geiffert“ verurteilen, was gewissenlose Elemente seit einiger Zeit in der Stadt Leipzig veranstalten. Wir sind dafür, dass die Bürger christlichen Glaubens in der Nikolaikirche ihre Andacht und ihr Gebet verrichten. Das garantiert ihnen unsere Verfassung und die Staatsmacht unserer sozialistischen DDR. Wir sind dagegen, dass diese kirchliche Veranstaltung missbraucht wird, um staatsfeindliche Provokationen gegen die DDR durchzuführen. Wir fühlen uns belästigt, wenn wir nach getaner Arbeit mit diesen Dingen konfrontiert werden. Deshalb erwarten wir, dass alles getan wird, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, um die in 40 Jahren harter Arbeit geschaffenen Werte und Errungenschaften des Sozialismus in der DDR zu schützen, und dass unser Aufbauwerk zielstrebig und planmäßig zum Wohle aller Bürger fortgesetzt wird. Wir sind bereit und willens, das von uns mit unserer Hände Arbeit Geschaffene wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand!

zit. nach: Gransow/Jarausch, S. 74



M 4 Chinesische Lösung auch in der DDR? Tausende Chinesen demonstrieren in Hongkong 10 Jahre nach der blutigen Niederschlagung der Studentendemonstrationen durch chinesisches Militär auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking gegen die damalige Aktion der chinesischen Staatsführung

© picture alliance, dpa

M 5 Rede Erich Honeckers zum 40. Jahrestag der DDR am 6.10.1989

Die Deutsche Demokratische Republik hat ihren Weg mit Ergebnissen zurückgelegt, die unser Volk im Wissen um seine Kraft, um den Wert aller Mühen beim Aufbau eines neuen, eines menschenwürdigen, eines sinnerfüllten Lebens bestärken. Sozialismus und Frieden sind und bleiben die Schlüsselworte für das bisher Vollbrachte wie für das, was künftig zu leisten sein wird. Wir gehen es mit Tatkraft und Zuversicht an. Auch im fünften Jahrzehnt wird der sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern auf deutschem Boden durch sein Handeln zum Wohle des Volkes, durch seinen Beitrag zu Frieden, Sicherheit und internationaler Zusammenarbeit ständig neu beweisen, dass seine Gründung im Oktober 1949 ein Wendepunkt war – in der Geschichte des deutschen Volkes und Europas.

zit. nach: Gransow/Jarausch, S. 71

M 6 Interview mit US-Präsident George Bush sen. in der New York Times am 24.10.1989

NYT: Können Sie irgendwelche Veränderungen im Status von Deutschland voraussehen?

Bush: Ja. Ich teile die Sorge mancher europäischer Länder über ein wiedervereinigtes Deutschland nicht, weil ich glaube, dass Deutschlands Bindung an und Verständnis für die Wichtigkeit des [atlantischen] Bündnisses unerschütterlich ist. Und ich sehe nicht, was einige befürchten, dass Deutschland, um die Wiedervereinigung zu erlangen, einen neutralistischen Weg einschlägt, der es in Widerspruch oder potenziellen Widerspruch zu seinen NATO-Partnern bringt. [...] Und wer weiß, wie sich Herr Krenz entwickeln wird? Wird er nur eine Verlängerung des Honecker'schen Standpunkts oder etwas anderes sein? Ich glaube nicht, dass er dem Wandel völlig widerstehen kann.

NYT: Wie schätzen Sie all diese Dinge vorläufig ein?

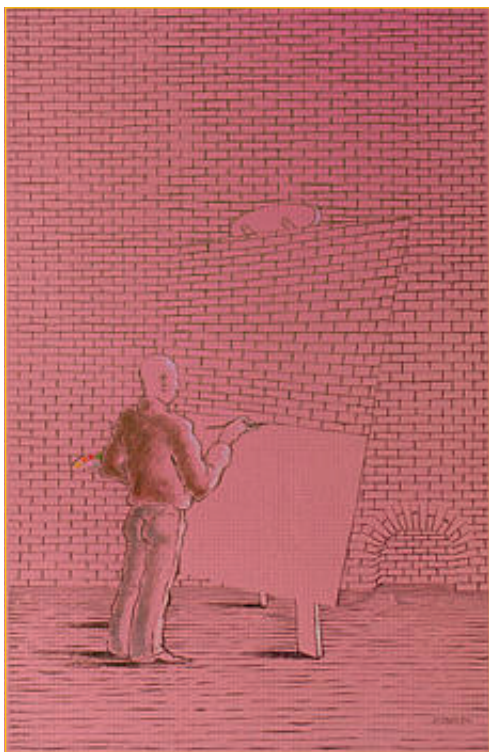
Bush: [...] Er kann die Uhr nicht zurückdrehen. [...] Der Um-schwung ist zu unaufhaltbar.

zit. nach: Gransow/Jarausch, S. 81

M 7 Mauermaler

Karikatur aus der
DDR, 1982

© Rainer Schade



M 8 „Tapetenwechsel“, Gedicht von Volker Braun zur „Wende“ (1989)

Die Verwaltung hat mir erklärt, sie habe den Umbau längst in aller Stille vollzogen, aber das Haus ist nicht geräumiger, die Treppe unbequem. Und sind die Zimmerchen heller? Und warum ziehen die Leute aus und nicht ein?

zit. nach: Gransow/Jarausch, S. 84

M 9 Egon Krenz, der Nachfolger Erich Honeckers als SED Parteichef, verkündet nach einem Gespräch mit Gorbatschow in Moskau bei einer Pressekonferenz am 1.11.1989 die „Wende“:

Auf entsprechende Fragen von Journalisten äußert Krenz u.a., sein unlängst mit BRD-Kanzler Kohl geführtes Telefongespräch habe in ihm den Eindruck hinterlassen, man sei sich einig, dass die Tatsache zweier deutscher Staaten genutzt werden solle, um miteinander auszukommen. Auf die Frage, ob mit der nun zugesagten Reisefreiheit für DDR-Bürger auch die Mauer abgetragen werde, sagte Krenz, solche Gründe, die zur Errichtung der Mauer führten, bestünden weiter. Man müsse reale Schritte tun und keinen Träumen nachhängen. Auch die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands stehe nicht auf der Tagesordnung. Zum Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrags 1968 in die CSSR sagte er, er habe nichts zu revidieren und diesen Beschluss nicht zu bedauern. Zum Führungsanspruch der SED erklärt Krenz, er werde alles dafür tun, damit dieses in der Verfassung verankerte Prinzip realisiert werde. Zur Wende in der DDR äußerte er, die Entscheidung für die Wende sei nicht von heute auf morgen getroffen worden, sie sei Ergebnis einer kollektiven Diskussion innerhalb der Partei, die die Kraft besitze, diese Wende selbst herbeizuführen

zit. nach: Gransow/Jarausch, S. 85



M 9 Ein neuer roter Stern, Karikatur aus der DDR-Satirzeitschrift »Eulenspiegel« 1988

© Barabara Henninger

M 11 Die Schriftstellerin Christa Wolf bei einer Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz mit ca. 1 Million Teilnehmern am 4.11.1989 zum Begriff der „Wende“

Mit dem Wort „Wende“ habe ich meine Schwierigkeiten. Ich sehe da ein Segelboot, der Kapitän ruft: Klar zur Wende, weil der Wind sich gedreht hat oder ihm ins Gesicht bläst. (Applaus) Und die Mannschaft duckt sich, wenn der Segelbaum über das Boot fegt. Aber stimmt dieses Bild noch? Stimmt es noch in dieser täglich vorwärts treibenden Lage? Ich würde von revolutionärer Erneuerung sprechen. (Applaus) Revolutionen gehen von unten aus. Unten und oben wechseln ihre Plätze in dem Wertesystem. Und dieser Wechsel stellt die sozialistische Gesellschaft vom Kopf auf die Füße. [...] Verblüfft beobachten wir, dass die Wendigen, im Volksmund „Wendehälse“ genannt (Klatschen), die laut Lexikon sich rasch und leicht einer gegebenen neuen Situation anpassen, sich in ihr mit Geschick bewegen, sie zu nutzen verstehen. Sie am meisten – glaube ich – blockieren die Glaubwürdigkeit der neuen Politik. (Applaus) [...] Ja, die Sprache springt aus dem Ämter- und Zeitungsdeutsch heraus, in das sie eingewickelt war, und erinnert sich ihrer Gefühlswörter. Eines davon ist: Traum. Also träumen wir mit hellwacher Vernunft: Stell dir vor, es ist Sozialismus und keiner geht weg! (Starker Applaus) Wir sehen aber die Bilder der immer noch Weg-Gehenden und fragen uns: Was tun? Und hören als Echo die Antwort: Was tun! Das fängt jetzt an [...]. Unglaubliche Wandlung. Das Staatsvolk der DDR geht auf die Straße, um sich als Volk zu erkennen. Und dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen – der tausendfache Ruf: Wir sind das Volk! (Starker Applaus)

zit. nach: Gransow/Jarausch, S. 87f.



M 12 »Voice«-Ansatz: Mitglieder der Umweltbibliothek der Ost-Berliner Zionskirche, fotografiert nach ihrer Verhaftung durch die Stasi am 25.11.1987.

© www.jugendopposition.de

M 13 Albert O. Hirschman: „exit“ und „voice“ (1974)

Der Gedankengang, der nun entwickelt werden soll, geht von der Firma aus, die verkäufliche Erzeugnisse für Kunden produziert; wie man jedoch feststellen wird, ist er weitgehend – und manchmal sogar hauptsächlich – auch auf Organisationen (wie etwa Vereine, Gewerkschaften oder politische Parteien) anwendbar, die ihren Mitgliedern ohne direkte Geldforderung Dienstleistungen bieten. Wir nehmen an, dass die Leistung eines Unternehmens oder einer Organisation sich aus nicht näher bezeichneten, zufallsbedingten Ursachen verschlechtert [...]. Die Unternehmensleitung erfährt dann von ihrem Versagen auf einem von zwei möglichen Wegen:

1. Eine Anzahl von Kunden hört auf, die Erzeugnisse der Firma zu kaufen bzw. eine Anzahl von Mitgliedern tritt aus der Organisation aus, dieses ist die Reaktionsweise Abwanderung („exit“). Daraufhin gehen die Einkünfte zurück, die Mitgliederzahl sinkt, und die Unternehmensleitung wird dadurch veranlasst, nach Mitteln und Wegen zur Korrektur der Fehler zu suchen, die zur Abwanderung geführt haben.

2. Die Kunden der Firma bzw. die Mitglieder der Organisation geben ihre Unzufriedenheit kund, und zwar entweder auf direktem Wege durch Beschwerden bei der Unternehmens- bzw. Organisationsleitung oder einer anderen Stelle, der diese untersteht, oder aber auf dem Wege eines allgemeinen Protestes, der an jeden gerichtet ist, der gewillt ist zuzuhören: dies ist die Reaktionsweise Widerspruch („voice“). Daraufhin beginnt die Leitung wieder nach den Ursachen sowie den möglichen Abhilfen für die Unzufriedenheit der Kunden bzw. Mitglieder zu suchen. [...]

Wie bereits mehrfach festgestellt wurde, kann das Vorhandensein der Abwanderung als Reaktionsmöglichkeit die Wahrscheinlichkeit eines umfangreichen und wirksamen Einsatzes der Reaktionsweise Widerspruch stark verringern. Es wurde mit anderen Worten nachgewiesen, dass die Abwanderung den Widerspruch unterdrückt, und es entstand der Eindruck, dass der Widerspruch innerhalb von Organisationen nur unter der Bedingung eine wichtige Rolle spielen wird, dass eine Abwanderung praktisch ausgeschlossen ist. Tatsächlich ist es in zahlreichen Organisationen so, dass einer der beiden Mechanismen vollkommen dominiert.“

Albert O. Hirschman (1974): *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten*. Tübingen (Mohr) S. 3f., 65)



M 14 Der Oberlandeskirchenrat in Sachsen Harald Bretschneider zeigt im Jahr 2000 das vom ihm als Landesjugendpfarrer 1980 ins Leben gerufene Symbol der DDR-Friedensbewegung: Schwerter zu Pflugscharen. Am 4. Dezember 1959 schenkte die Sowjetunion der UNO eine Bronzeskulptur von Jewgeni Wutschetitsch, die das biblische Motiv bildlich-plastisch darstellt und dem das DDR-Symbol als Vorlage diente.

© picture alliance, dpa, 2000

M 15 Jürgen Habermas: Die nachholende Revolution (1990)

In Polen und Ungarn, in der Tschechoslowakei, Rumänien und Bulgarien, in Ländern also, die das staatssozialistische Gesellschafts- und Herrschaftssystem nicht aufgrund autochthoner Revolutionen, sondern als Kriegsfolge mit dem Einmarsch der Roten Armee eher erhalten als errungen haben, vollzieht sich die Abschaffung der Volksdemokratie im Zeichen einer Rückkehr zu den alten nationalen Symbolen und, wo immer es sich anbietet, als eine Wiederanknüpfung an politische Traditionen und an Parteienstrukturen der Zwischenkriegszeit. Hier, wo sich die revolutionären Veränderungen zu revolutionären Ereignissen verdichtet haben, artikuliert sich auch am deutlichsten der Wunsch, verfassungspolitisch an das Erbe der bürgerlichen Revolutionen und gesellschaftspolitisch an die Verkehrs- und Lebensformen des entwickelten Kapitalismus, insbesondere an die Europäische Gemeinschaft, Anschluss zu finden. Im Falle der DDR gewinnt „Anschluss“ einen buchstäblichen Sinn; denn für sie bietet die Bundesrepublik beides zugleich: eine demokratisch verfasste Wohlstandsgesellschaft westlichen Typs. [...] Nachholen will man, was den westlichen Teil Deutschlands vom östlichen vier Jahrzehnte getrennt hat – die politisch glücklichere und ökonomisch erfolgreichere Entwicklung.

Indem die nachholende Revolution die Rückkehr zum demokratischen Rechtsstaat und den Anschluss an den kapitalistisch entwickelten Westen ermöglichen soll, orientiert sie sich an Modellen, die nach orthodoxer Lesart durch die Revolution von 1917 schon überholt worden waren. Das mag einen eigentümlichen Zug dieser Revolution erklären: den fast vollständigen Mangel an innovativen, zukunftsweisenden Ideen. [...] Verwirrend ist dieser Charakter einer nachholenden Revolution, weil er an den älteren, von der Französischen Revolution gerade außer Kraft gesetzten Sprachgebrauch erinnert – an den reformistischen Sinn einer Wiederkehr politischer Herrschaftsformen, die aufeinander folgen und wie im Umlauf der Gestirne einander ablösen.

Jürgen Habermas (1990): *Die nachholende Revolution*: Frankfurt/Main (Suhrkamp) S. 180f.



M 16 Bürgerrechtsgruppe protestiert gegen die manipulierten Ergebnisse bei den Kommunalwahlen in der DDR im Mai 1989
© www.jugendopposition.de

M 17 Konrad H. Jarausch: Revolution – pro und contra (2000)

Die vielfältigen Umschreibungsversuche des Umbruchs von 1989/90 deuten darauf hin, dass die Analogie mit anderen Revolutionen zwar nahe liegt, aber doch nicht recht zu greifen scheint. Gegen die Verwendung des Revolutionsbegriffs sprechen eine Reihe von Argumenten, die sich vor allem auf eine engere marxistisch-leninistische Revolutionsdefinition berufen. Erstens war die physische Macht der kleinen Opposition in allen Ländern so begrenzt, dass sie nur durch die Selbstaufgabe der herrschenden Partei und Nomenklatura einen Umsturz herbeiführen konnte, also das System mehr von innen zusammenbrach als von außen zertrümmert wurde. Zweitens verlief der Prozess außer in Rumänien gewaltfrei, da die Massendemonstrationen Verhandlungen erzwangen, sich Regierung und Opposition in Runden Tischen zusammensetzten und die Machtfrage letztlich der Entscheidung durch mehr oder weniger freie Wahlen überließen, also einen Bürgerkrieg vermieden. Drittens fehlte dem demokratischen Aufbruch trotz aller Kritik an den Privilegien der „neuen Klasse“ die soziale Dimension einer ländlichen jacquerie oder eines städtischen Arbeiteraufstands, denn es stand hauptsächlich die Wiedererlangung von Bürgerrechten im Vordergrund. Schließlich verlief die Umwälzung in Polen und Ungarn so langsam, dass sich Ash zu dem Neologismus „Refolution“, einer Zusammenziehung aus Reform und Revolution veranlasst sah. Auch das Fehlen von gesellschaftlichen Utopien und das Nichtvorhandensein eines systematischen Aktionsplans scheinen gegen den Gebrauch des Revolutionsbegriffs zu sprechen.

Trotz dieser gravierenden Einwände legen wichtige Gründe die Verwendung einer Revolutionsperspektive auch weiterhin nahe. Allerdings wären ihre Vorbilder eher in der auf Bürgerrechte ausgerichteten amerikanischen Revolution, der liberalen mit nationalen Zielen verbindenden 1848er Revolution oder der die zaristische Autokratie brechenden Februarrevolution von 1917 zu suchen. Dafür spricht erstens die Geschwindigkeit des Ereignisablaufs in der DDR und den ihr folgenden Satellitenstaaten, die weit über eine Reform von oben hinausging. Zweitens wurde der Druck für den Wandel von wachsenden Demonstrationen erzeugt, die zwar von Dissidenten geleitet, aber mehr und mehr von den Volksmassen getragen wurden, kam also von unten aus der unzufriedenen Bevölkerung. Drittens war das Ziel der Demonstranten, das sich in witzigen Plakaten und Sprechchören äußerte, eine fundamentale Demokratisierung des realen Sozialismus durch eine Verfassungsänderung, wozu der einfache Regierungswechsel von Honecker zu Krenz in keiner Weise ausreichte. Schließlich setzte die Machtübernahme der als politische Parteien organisierten Oppositionskräfte eine grundlegende Um-



M 18 Hundertausende demonstrieren am 4.11.1989 auf den Straßen um den Berliner Alexanderplatz - hier Protestzug auf der Karl-Liebknecht-Straße vor dem Ausstellungspavillon am Fuße des Fernsehturms - für Veränderungen in der DDR. Es war die größte Protestdemonstration in der Geschichte der DDR.
© picture alliance, dpa, 1989

wälzung aller wirtschaftlichen, institutionellen und ideologischen Lebensverhältnisse in Gang, die zu tiefen Brüchen in vielen Lebensentwürfen von DDR-Bürgern führte. Hinsichtlich Tempo, Akteuren, Zielen und Ausmaß kann der Systemwandel daher zweifellos als revolutionär bezeichnet werden. Für den Terminus Revolution sprechen auch der politische Charakter und die Zielgerichtetheit des Prozesses, die über eine Reformbewegung hinausgehen.

Dietrich Papenfuß/Wolfgang Schieder (Hg.) (2000): Deutsche Umbrüche im 20. Jahrhundert. Köln (Böhlau), S. 557f.

M 19 Parolen bei den Demonstrationen in der DDR 1989

Neues Forum zulassen - Offenheit und Rechtssicherheit spart Arbeitsplätze bei der Staatssicherheit - Stasi in die Produktion - nur für Arbeit gibt es Lohn- Parlamentarische Demokratie statt SED-Machtmonopol- Die Armee wird reduziert - wann folgen die Krenz-Truppen? - Wer sich nicht bewegt, fühlt seine Fesseln nicht Reformen - aber unbekrenzt - Mein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung zieht am Volk vorbei! - Wir brauchen Architekten statt Tapezierer - Die Mauer im Kopf muss weg - Für die beidseitige Bemalung der Mauer - Es geht nicht mehr um Bananen, jetzt geht's um die Wurst - Sägt die Bonzen ab, schützt die Bäume - Eure Politik war und ist zum Davonlaufen - Privilegien für alle - Missbrauchte Polizisten, wehrt euch gegen Stalinisten - Alle Macht dem Volke - Umgestaltung der Grenze zu einem Naturreservat - ZK der SED abtreten - Keine Macht für niemand! - Wir sind das Volk - Ich bin Volker - Es lebe die 1989er Oktoberrevolution! - Pässe für alle - Laufpass für die SED - Wenden nicht winden - Wir sind ein Volk - Freie Wahlen: Neues Forum, SDP usw. - Neue Wahlen für einen neuen Weg- Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, eh' er nicht mit der Lüge bricht. Auch wenn er jetzt ganz anders spricht. - 43 Jahre führende Rolle der SED: Einmarsch in Prag, 28 Jahre eingesperrt, Hurra zum Peking-Massaker, Machtmissbrauch, Angst, Privilegien, Rechtsunsicherheit - Wider-Vereinigung- Reisefreiheit statt Massenflucht - Aufruf zur Einmischung- Wir wollen raus- Wir bleiben hier - Neues Forum - Statt Knüppel Besen in die Hand- Visa frei bis Hawaii - Kein Artenschutz für Wendehälse - Partei-Machtmonopol macht hohl - Lieber eine Wanze im Bett als eine in der Steckdose - Lass dich nicht BRDigen - Deutschland einig Vaterland - Wir wollen keine Kohlplantage werden - Heim ins Reich - nein danke -Die deutsche Einheit - Hoffnung der Nation.

(Zusammengestellt von A.G.)